

(Erregte Szenen bei der Beratung über den Mieterschutz.) Bei der vorgestern im Justizministerium abgehaltenen Sitzung hinsichtlich der Neuordnung des Mieterschutzes, über deren Ergebnis wir berichteten, kam es im Verlaufe der Beratung zu heftigen Szenen. Der den Vorsitz führende Justizminister Dr. Ritter v. Schauer hatte auf Grund einer Bemerkung eines Vertreters der Hausbesitzer diesen das Recht abgesprochen, sich zu betragen, weil sie mit ihren Realitätenkäufen Spekulation beabsichtigten, die sich eben als verfehlt erwiesen. Der Landdirektor der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft Raurat Ottomar Stern brachte sodann als Vizepräsident des Reichsbundes der Baumeister Österreichs die Anregung vor, man möge die Zulassung von Zinssteigerungen auf Grund der im Einkommenssteuerbefehnte ausgedrückten Erhöhung des Einkommens individualisieren. Als der Justizminister diesen Vorschlag als durchaus nicht neu bezeichnete, erwiderte der Antragsteller, er müsse bitten, diese für die Zukunft des Baugewerbes und des Wiener Realwesens wichtige Angelegenheit nicht in gleicher Weise wie irgendeine Polizeiverordnung zu erledigen. Der Justizminister verbat sich hierauf energisch dieses „ewige Geschimpfe“. Dann erhob sich Landdirektor Stern sehr erregt und verließ mit den Worten „Fiat justitia“ die Sitzung. Bei der weiteren Verhandlung wurde ein vom Direktor des Städtischen Wohnungsamtes gestellter Antrag betreffs eines Entgegenkommens bei Kostenersatz für Instandhaltungsarbeiten in Wohnhäusern abgelehnt.